
BDZ begrüßt Bundestagsbeschluss zur Besoldungserhöhung

Der Deutsche Bundestag hat am 29. Mai 2008 das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2008/2009 beschlossen. Der BDZ begrüßt, dass damit der Tarifabschluss vom 31. März 2008 eins zu eins auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes übertragen wird. Hervorzuheben sei die vorgezogene Angleichung Ost ab Besoldungsgruppe A 10 zum 1. April 2008 und die Einbeziehung der Versorgungsempfänger in die Einmalzahlung. BDZ-Chef Klaus H. Leprich sprach von einem mehr als akzeptablen Ergebnis, das ohne den gewerkschaftlichen Protest nicht denkbar sei.

Die Beamtinnen und Beamten des Bundes erhalten rückwirkend zum 1. Januar 2008 einen Sockelbetrag in Höhe von 50 Euro. Ausgehend vom erhöhten Grundgehalt erfolgt ebenfalls rückwirkend zum 1. Januar 2008 eine lineare Erhöhung um 3,1 Prozent und zum 1. Januar 2009 um 2,8 Prozent. Ergänzend wird zum 1. Januar 2009 eine Einmalzahlung in Höhe von 225 Euro (2009) gewährt. Die Besoldungsanpassung Ost ab Besoldungsgruppe A 10 soll auf den 1. April 2008 vorgezogen werden. Die Versorgungsempfänger werden in sämtliche Erhöhungsschritte einbezogen. Die vorgesehenen drei Versorgungsanpassungen werden allerdings jeweils um 0,54 Prozent (insgesamt: 1,62 Prozent) vermindert. In Kürze ist mit Abschlagszahlungen zu rechnen.

Der BDZ hatte stets eine vollständige Eins-zu-eins-Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes verlangt. Die Forderung zielte aber auch auf weitere strukturelle Anpassungen ab. Die zwei Mal verlängerte Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden, die Kürzungen der Sonderzahlung und die Streichung des Urlaubsgeldes hätten nach Ansicht des BDZ eine Kompensation erfordert, die das jetzt beschlossene Gesetz vermissen lasse.

BDZ-Chef Klaus H. Leprich bewertete das Ergebnis der Besoldungsrunde dennoch positiv. Auf die massiven gewerkschaftlichen Proteste sei es zurückzuführen, dass entgegen den ursprünglichen Plänen die Linearanpassung 2008 nicht mit dreimonatiger Verzögerung erfolge und Pensionäre nicht von der Einmalzahlung ausgeschlossen seien. Hier hätten die vom BDZ geforderten politischen Interventionen des dbb-Bundesvorsitzenden Peter Heesen entscheidend zum Umdenken der Politik beigetragen. Leprich sprach den zahlreichen BDZ-Mitgliedern, die sich an den Protestmaßnahmen, darunter der Demonstration am 19. Februar 2008 in Berlin, beteiligten, Dank für die Unterstützung aus. Ohne die gezeigte Solidarität wäre dieses Ergebnis nicht möglich gewesen.

Berlin, 29. Mai 2008